A2

Kapitel

Initiator*innen: AG FDEM (dort beschlossen am: 31.08.2025)

Titel: **Bürger:innenbeteiligung**

Text

Bürger:innenbeteiligung

Neue Strukturen sorgen dafür, dass sich die Menschen in Bambergüberstädtischesundkommunalpolitisches Handelnumfassendinformierenundsich wirkungsvolldaranbeteiligenkönnen.

Deshalb stärken wir Grüne den Austausch zwischenderBürgerschaftundderStadt, um eineneue,transparenteKulturderKommunikation zu etablieren.DafürbrauchtesklugeKonzepte, aber vorallemdenklarenWillenund Mut,dieMenscheninBambergernstzunehmen.Wir haben beides.

Behördensprechstunden einführen

Wir wollen in allen städtischen Behörden regelmäßige Bürger:innensprechstunden einführen, damit Verbesserungsvorschläge oderKritikausderBevölkerung direkt adressiert werden können. Dies soll sowohl in digitaler als auch analoger Form durchgeführt werden können.

Jugendkonferenzen ausweiten

Besonders junge Menschen werden wir intensiver am Dialog mit der Stadt beteiligen. Dazu ist die von der Stadt Bamberg beauftragte Jugendkonferenz ein bewährtes Format, das zweimal jährlich etabliert werden muss.

Wir wollen die Stadt, Schüler:innen,Politiker:innenund alle interessierten JugendlichenaneinenTischbringen,damitsiejährlich inzwei

festgelegtenRundenzudenfürsieinteressantenThemen diskutieren.Die Vertretung der Jugendlichen besprichtanschließend mit der Stadtverwaltung,wie sich die Ideen in konkrete Maßnahmen überführen lassen.

JugendfürdenStadtrat begeistern

Wir starten ein Mentoring-Programm im Stadtrat, umJugendlichendie Stadtratsarbeit vorzustellen und junge Menschen für Kommunalpolitik zu begeistern.

Demokratiebildung voranbringen
Wichtig für eine informierte Büger:innenbeteiligung ist vorhandene Demokratiebildung. Ideen hierzu finden sich im Kapitel **Extremismusprävention**. [Link]

Bürger:innen-App und wirkungsvolle Kommunikation im öffentlichen Raum etablieren

Über die Bürger:innen-App und die Website informiert das Rathaus über alles, was in derStadtpassiertundmachtdigitaleBeteiligung in Zukunft so einfach wie möglich.Außerdem werden Behördengängevereinfacht undInformationenzu städtischenInfrastrukturen wie Buslinien oder Abfallsammlungen gebündelt. Der Bamberger Mängelmelder, etwa für Straßenschäden und Vandalismus, soll nicht nur aktiv stärker beworben, sondern ebenfalls in die App integriert werden.Wir fordern außerdem, dass Bamberg im gesamten Stadtgebiet moderne digitale Informationstafeln aufstellt, um über Veranstaltungen, wichtige Termine und lokal relevante Informationen (Müllabholung, Weihnachtsbaumentsorgung etc.) zu informieren. Die Fläche kann auch genutzt werden, um auf Bürger:innenbeteiligungsformate aufmerksam zu machen. Diese sollten barrierearm nutzbar und maximal zugänglich sein.

Transparenz über den städtischen Haushalt herstellen

Wir stehen für einen transparenten und verständlichen städtischen Haushalt, der unter Beteiligung der Menschen in Bamberg entsteht. Konkrete Konzepte dazu finden sich im Kapitel **Finanzen**. **[Link]**

Stadtratonline ausweiten und sicherstellen

Wir wollen die politische Arbeit in Bamberg für alle besser nachvollziehbar machen. Dafür setzen wir uns auf allen uns möglichen Ebenen ein, dass zukünftig alle öffentlichen Sitzungen des Stadtrats und der Senate im Internet übertragen werden können. Zusätzlich sollen ausführliche Wortprotokolle erstellt und veröffentlicht werden, damit Entscheidungen und Diskussionen transparent

nachvollzogen werden können.

Bürger:innen-Raum

Wirwollen dafür sorgen, dass das Bürgerlabor in der Hauptwachstraße durch barrierearme Zugänge besser für alle Bürger:innen nutzbar wird. Die Räume werden modernisiert und mit einem Waschbecken, einer Toilette, moderner IT (WLAN, Beamer und einer Projektionsfläche) ausgestattet. Durch Öffentlichkeitsarbeit muss die Auslastung des Raumes durch Vereine,Initiativen und Gruppen verbessert werden. Dies soll erleichtert werden durch Einführung eines modernen Buchungssystems, das in die Bamberg App eingebettet wird. Die Stadt fördert über das Bürgerlabor gezielt neue Formen desAustauschs und ehrenamtlichen Engagements.

Bürgerschaft in Informationsfreiheit schulen

Wir wollen die Transparenz in der Stadtverwaltung stärken. Deshalb setzen wir uns für eineWeiterentwicklungder Informationsfreiheitssatzungvon 2011,die aufgrund unseres grünen Antragseingeführtwurde. Informationsanfragen sollen in Zukunft nach dem Bundes-Informationsfreiheitsgesetz behandelt werden – ohne Nachweis persönlicher Betroffenheit. Anfragen sollen schnell und bürgerfreundlich beantwortet werden.

Bei Streitfragen soll eine neutrale Stelle, etwa die Datenschutzbeauftragte, vermitteln, die wir dafür benennen wollen. Wir möchten dazu eine Befragung der Bürger:innen durchführen, inwieweit die Möglichkeiten der Informationsfreiheitssatzung überhaupt bekannt sind und ob sie machbar genutztwerdenkönnen.